

**Resolution
zur SSW-Hauptausschusssitzung
in Christianslyst**

Christianslyst, 09.08.2013

LANDESVERBAND

Schiffbrücke 42
24939 Flensburg

Tel. (0461) 144 08 310
Fax (0461) 144 08 313
info@ssw.de

**Deutsch-dänische UVP-Vereinbarung zur
grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung**

1. Der Hauptausschuss des SSW fordert die Bundesregierung auf, sich für eine deutsch-dänische Vereinbarung für grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) einzusetzen.
2. In der Vereinbarung ist insbesondere zu regeln, wie die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung konkret auszugestalten ist, und dass alle für eine Maßnahme relevanten Dokumente des Ursprungslandes - analog zur deutsch-polnischen Vereinbarung – der betroffenen Partei in ihrer Landessprache zur Verfügung zu stellen ist.

Begründung:

Die aktuelle Kritik an der Öffentlichkeitsbeteiligung deutscher Behörden und BürgerInnen an der dänischen UVP für die geplante feste Fehmarnbelt-Querung zeigt auf, dass die Espoo-Konvention eine echte Bürgerbeteiligung nicht gewährleisten kann, da wichtige Punkte nicht geklärt sind. Allem voran die Frage der sprachlichen Kriterien.

So hat die staatliche Planungsgesellschaft der Beltquerung, Femern A/S, ihre Umweltverträglichkeitsanalyse der deutschen Öffentlichkeit weitgehend nur auf englisch vorgelegt. Lediglich eine Zusammenfassung der Umweltauswirkungen wurde ins Deutsche übersetzt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits mit diversen Mitgliedsstaaten (u.a. Polen, Niederlande und Frankreich) sogenannte UVP-Vereinbarungen getroffen, in denen die Regelungen der Espoo-Konvention präzisiert werden.

**Der SSW-Hauptausschuss
09.08.2013**